

15**82**

Union in Deutschland

Bonn, den 6. Mai 1982

Kampfhandlungen einstellen

Der Falkland-Malwinen-Konflikt hat jetzt die ersten Menschenopfer gekostet. Das muß uns alle tief betroffen machen. Diese Toten sollten für Argentinien und Großbritannien Anlaß genug sein, um die militärischen Aktionen sofort einzustellen und gemeinsam einen Frieden ohne Sieger und Besiegte zu suchen, der für beide Seiten tragbar und ehrenvoll ist. Dies erklärte Helmut Kohl zur militärischen Ausweitung des Konfliktes.

Alle am Konflikt direkt oder indirekt Beteiligten dürfen dabei die internationalen Kräfteverhältnisse nicht aus den Augen verlieren. Es darf nicht soweit kommen, daß am Ende Großbritannien und Argentinien, Lateinamerika und die USA und auch Westeuropa die Verlierer der Krise sind.

Grundsätzlich bleibt für die CDU/CSU der Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt der beherrschende Grundsatz im Bereich der internationalen Beziehungen. Die einzige Ausnahme ist das Recht auf Selbstverteidigung, d. h. das Recht, Aggressionen abzuwehren, wie es in Artikel 51 der UNO-Charta verankert ist.

Bereits auf der Präsidiumssitzung Ende April hat die CDU-Führung ihre große Sorge über eine Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Argentinien zum Ausdruck gebracht. Helmut Kohl hatte zugleich die Rückgabe des Sinai durch Israel an Ägypten als ein Beispiel dafür gewürdigt, was die feste Entschlossenheit zum friedlichen Ausgleich vermöge.

Das Echo auf den CDU-Aufruf zur Teilnahme an der Großdemonstration

„Gemeinsam für Frieden und Freiheit“

am 5. Juni in Bonn

übertrifft alle Erwartungen. Es sind bereits 35 Sonderzüge mit je 1 200 Personen sowie 1 200 Busse bei der Organisationsabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle angemeldet. Aus allen Teilen der Bundesrepublik treffen stündlich neue Anmeldungen ein. Unter den Anmeldungen befinden sich auch zahlreiche Nichtmitglieder der CDU. Der von der Bundesgeschäftsstelle eingerichtete

Telefon-Sonderanschluß (das „Demo-Telefon“)

muß wegen der intensiven Nutzung erweitert werden. Die Bürger können unter der Nummer (02 28) 5 44 - 5 28 erfahren, wie sie am 5. Juni nach Bonn kommen können.

■ GUTACHTEN

Vernichtendes Urteil für die Wirtschaftspolitik der Regierung

Seite 5

■ NAHVERKEHR

Leitsätze für Verbesserung in Stadt und Land

Seite 8

■ DOKUMENTATION

Die Haltung der Kirchen in der aktuellen Friedensdiskussion

grüner Teil

■ INFORMATION

CDU/CSU-Initiative: Taschengeldkürzung rückgängig machen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Kürzung des Zusatztaschengeldes für Heimbewohner rückgängig macht und die alte Regelung wiederherstellt.

Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Adolf Müller (Remscheid):

Nach dieser Regelung bekommt jeder Heimbewohner 25 Prozent seiner Rente als Zusatztaschengeld — höchstens jedoch 20 Prozent des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes. Das sind in diesem Jahr z. B. in Nordrhein-Westfalen 67,60 DM (20 Prozent von 338 DM). Zusammen mit dem Grundtaschengeld von 90 DM beträgt demnach das Gesamttaschengeld aller Heimbewohner mit einer eigenen Rente über 270 DM; im Durchschnitt der Bundesländer 157,60 DM.

Die Verbitterung vieler älterer Mitbürger über die Kürzung des Zusatztaschengeldes war verständlich und berechtigt. Mit der Einbringung des Gesetzentwurfes löst die CDU/CSU ihr vielfach gegebenes Versprechen ein, die Kürzung des Zusatztaschengeldes rückgängig zu machen. Es ist nicht das schlechteste Zeichen, daß auch Politiker Fehler eingestehen und korrigieren. Schließlich hatten alle Parteien dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses zugestimmt.

Die von SPD und FDP vor vier Wochen vorgelegten Pläne zur Neuregelung des Zusatztaschengeldes lehnt die Union nach wie vor einhellig ab.

Diese Regelung, die vorsieht, jedem Heimbewohner ein Gesamttaschengeld von mindestens 120 DM und höchstens 147 DM zu zahlen, ist leistungsfeindliche Gleichmacherei und eine nicht zu übersehende Weichenstellung in Richtung Sockelrente und Einheitsrente.

Die alte Regelung, die die CDU/CSU mit ihrem Gesetzentwurf wieder herstellen will, honoriert wesentlich stärker die Lebensleistung und eigene Beitragszahlung der Rentner. Zudem gewährt sie fast allen Heimbewohnern 10,— DM mehr als der Vorschlag von SPD und FDP.

Wo bleibt der Nachtragshaushalt 82?

Der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfelle, hat in einer mündlichen Anfrage an die Bundesregierung diese aufgefordert, den von allen Seiten als erforderlich gehaltenen Nachtragshaushaltsplan 1982 endlich zu beschließen. Außerdem sei der Nachtragsplan sofort formell im Deutschen Bundestag einzubringen. Die Union werde eine weitere Verzögerung des Eingeständnisses von zusätzlichen Milliardenlöchern und den Versuch des möglichst heimlichen Einschleusens in den Haushaltsausschuß erst im Herbst 1982 nicht hinnehmen.

Neues Seerecht bringt neue Konflikte

Die Mehrheitsentscheidung der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen für den Entwurf eines umfassenden neuen Meeresvölkerrechts wirft für den Deutschen Bundestag schwerwiegende Probleme auf. Die Vereinigten Staaten haben den Entwurf abgelehnt. Die deutsche Verhandlungsdelegation hat, ebenso wie die Mehrheit der Europäischen Gemeinschaft und des Ostblocks, einschließlich

der Sowjetunion Stimmenthaltung geübt. Dieses Verhalten ist zu begrüßen. Nun ist es Sache des Bundestages, darüber zu entscheiden, ob ratifiziert werden soll oder nicht. Der Unionsabgeordnete Wolfgang v. Geldern erklärte in diesem Zusammenhang:

Die Konfliktrichtigkeit des neuen Seerechts wird an der Falkland-Krise deutlich. Nicht nur der künftige Meeresbergbau wird durch das dirigistische Regime der Dritten Welt gewollten Seerechtskonvention aufs schwerste behindert. Die Verzonung, Territorialisierung und Nationalisierung der Jahrhunderte lang freien See ist vom deutschen Standpunkt aus zutiefst zu bedauern.

Der Deutsche Bundestag wird jetzt engste Konsultationen mit den Entwicklungsländern, die ihre eigenen Interessen nicht in jedem Fall erkannt haben, und den verbündeten Industriestaaten pflegen müssen. Er muß sich dabei genügend Zeit nehmen und gegebenenfalls auch den Mut für eine Ablehnung dieses neuen Seerechts aufbringen müssen.

Mahnmal für deutsche Kriegsgefallene

Anläßlich einer die Kriegsgräber in der Sowjetunion betreffenden Kurzdebatte des Deutschen Bundestages würdigte der Unionsabgeordnete Hans Graf Huyn „das Verständnis und die Kooperation der Bundesregierung, besonders auch der deutschen Botschaft in Moskau“ in dieser Gelegenheit. Er sprach sich angesichts der Tatsache, daß es bis auf etwa 2 000 Gräber in der Sowjetunion oder sonst auf der Welt in unbekannten Gräbern ruhenden deutschen Soldaten gibt, für den Vorschlag des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge aus, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ein entsprechendes Mahnmal zu errich-

ten. Huyn erklärte, er könne sich eine Lösung ähnlich der des Marine-Ehrenmals bei Laboe in der Kieler Förde für die auf See gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges denken. Man könne erwägen, eine Volksstiftung zur Errichtung eines solchen Mahnmals zu schaffen.

Gibt es Schutz gegen Überfall aus der DDR?

Welche Schlußfolgerungen die Bundesregierung aus der in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland bekanntgewordenen geheimen Verschlusssache der DDR zieht, aus der hervorgeht, daß die Grenztruppen der DDR den Auftrag haben, im Kriegsfall handstreichartig gegen militärisch wichtige Objekte in der Bundesrepublik Deutschland vorzugehen, fragte der stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Wilfried Böhm (Melsungen), die Bundesregierung. Weiter fragte er, welche Stärke und Ausrüstung die DDR-Grenztruppen haben, und wieviel Mann mit welcher Ausrüstung dem Bundesgrenzschutz für den plötzlichen Alarmfall an der Demarkationslinie zur Verfügung stehen.

Tendenz zur Gewalt bei der DKP

Das Bundesministerium des Innern sieht bei der DKP neuerdings eine deutliche Tendenz zur Gewaltanwendung. Diese Entwicklung, so erklärt das Ministerium in seiner Antwort auf eine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, werde unter anderem durch die Beteiligung von DKP-Mitgliedern an 100 Hausbesetzungen (seit 1979) und an verbotenen Demonstrationen deutlich.

Das Ministerium spricht von einer „Strategie der begrenzten Gewaltanwendung“, hinter der die Absicht stehe, „sich den

überwiegend jugendlichen Teilnehmern der verschiedenen Protestbewegungen anzunähern". Auf diese Weise versuche die DKP, diese Gruppen im „Rahmen kommunistischer Bündnispolitik“ zu ver-einnahmen.

In der Antwort des Hauses Baum wird erstmals in ungewöhnlich kritischer Form die Rolle der DKP beschrieben. „Die DKP hat jahrelang mit Scheinbekenntnissen zum Grundgesetz den Eindruck erweckt, sie verfolge ihre Ziele mit legalen Mitteln und lehne Gewalt ab.“ Die DKP „revidierte ihre Haltung, als Teile der neuen Protestbewegung zunehmend Militanz zeigten.“

Das Ministerium setzt sich auch mit dem von der DKP propagierten „Widerstandsrecht“ auseinander, das von den Kommunisten mit der Formel begründet wird: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Unter Hinweis darauf, daß diese Formel von dem DKP-Vorsitzen- den Herbert Mies benutzt worden sei, betont das Ministerium, es handele sich um eine Methode „der Umwertung von Recht und Gesetz“. Die Vorstellung von Recht und Gesetz finde im geltenden Recht keine Grundlage. „Die Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik ist rechtswidrig.“

Sowjetisches Erdgas überflüssig?

Die europäischen Erdgasvorräte sind nach einer vom amerikanischen Verteidigungsministerium geförderten Studie so groß, daß die vereinbarten Lieferungen aus der Sowjetunion überflüssig sind. Europa sei derzeit energiepolitisch deshalb verwundbar, weil es seine eigenen Quellen nicht ausreichend entwickelt habe. Um die geplante Bezugsmenge von Sowjetgas durch eigene Vorkommen in der Nordsee zu ersetzen, wären Investitionen von 30 Milliarden Dollar für Bohrseln und Leitungen nötig. Die Studie kommt zu

dem Ergebnis, es sei richtig, das europä- isch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft abzulehnen.

Neue Linkspartei gründet Landesverbände

Die neue links von der SPD stehende Gruppierung „Demokratische Sozialisten“ will in den nächsten Wochen in mehreren Bundesländern Landesverbände gründen. Einer der Initiatoren, der aus der SPD aus- getretene Offenbacher Bundestagsabge- ordnete Manfred Coppick, erklärte, in Kür- ze würden sich solche Gliederungen in Hamburg, Hessen und Bayern konstituie- ren. Bis zum 17. Juni, für den ein neuer Bundeskongreß geplant ist, würden auch die Initiatoren in den anderen Ländern nachfolgen. Nach Coppicks Angaben ha- ben die „Demokratischen Sozialisten“ bis- lang in der Bundesrepublik 1 300 Mitglie- der.

Hände weg von der Elbgrenze

„Unmißverständlich“ hat der schleswig- holsteinische Innenminister Uwe Barschel (CDU) in Kiel die Bundesregierung davor gewarnt, weiterhin „Signale“ für eine Kom- promißbereitschaft zur Forderung der „DDR“ nach Verlegung der 93,7 Kilometer langen Zonengrenze zwischen Schnak- kenburg und Lauenburg vom Ostufer der Elbe auf die Mitte des Flusses „auszu- streuen“.

Barschel erklärte, die Grenze sei von den Alliierten „eindeutig“ festgelegt. „Jede substantielle Veränderung der Grenze hat unweigerlich eine Verfassungsklage zur Folge.“ Darin seien sich die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, die in der deutsch-deutschen Grenzkommission vertreten sind, einig. Auch könne eine Grenzveränderung nur durch einen Vertrag vorgenommen wer- den, der „nicht die Mehrheit im Bundesrat finden würde“.

■ FRÜHJAHRSGUTACHTEN

Vernichtendes Urteil für die Wirtschaftspolitik der Regierung

Das Frühjahrsgutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute belegt unzweifelhaft, daß die SPD/FDP-Regierung die Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit nicht zu lösen in der Lage ist, stellte Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn fest.

Das Gutachten ist ein vernichtendes Urteil für die Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung. Die CDU sieht sich durch die Sachverständigen in ihrer Ablehnung der „Gemeinschaftsinitiative“ voll bestätigt. Sie wird an ihrem Kurs auch im Vermittlungsausschuß festhalten und der Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Absage erteilen.

Die CDU bewertet das Gutachten als eine weitgehende Bestätigung ihrer Vorschläge, die sie in ihrer „7-Punkte-Offensive“ für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt hat. Insbesondere wird die CDU in ihrer Forderung bestärkt,

- die Investitionskraft der deutschen Unternehmen zu stärken,
- die Finanzierung notwendiger Investitionen durch eine Kürzung konsumtiver staatlicher Ausgaben, vor allem bei den Subventionen zu gewährleisten und
- die strukturelle Konsolidierung der Staatsfinanzen fortzusetzen, die Handlungsfähigkeit des Staates wiederzugewinnen und dadurch die Voraussetzungen

für eine leistungs- und wachstumsfreundliche Ausgestaltung des Steuersystems zu schaffen.

Die wirtschaftlichen Antriebskräfte werden vor allem wegen der nach wie vor falschen finanzpolitischen Weichenstellung nicht ausreichen, um im Laufe des Jahres eine grundlegende Wende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Theo Waigel.

Das entscheidende Problem besteht darin, die Rahmenbedingungen für private Investitionen so zu verbessern, daß „die Wachstumslethargie und der Defätismus gegenüber der Arbeitslosigkeit überwunden werden“.

In der Beurteilung der sogenannten „Gemeinschaftsinitiative“ sehen sich CDU und CSU in ihrer Haltung durch das Frühjahrsgutachten vollkommen bestätigt.

1. Die Gemeinschaftsinitiative bringt keinen Durchbruch bei der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, als der entscheidenden Voraussetzung zur Wiedergewinnung von Wachstum und Vollbeschäftigung. Die massiven Steuererhöhungspläne, die auf dem Münchner SPD-Parteitag diskutiert wurden, lassen vielmehr eine erneute Belastung der Investoren befürchten.

2. Die zeitliche Befristung der Investitionszulage und ihre bürokratische Ausgestaltung widersprechen der Notwendigkeit einer dauerhaften Verbesserung der Rahmenbedingungen.

3. Die vorgesehene Finanzierung der Investitionszulage durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer ist gesamtwirtschaftlich schädlich, „weil damit die private Initiative, der Motor für eine Wirtschaftsentwicklung, behindert oder aber in die Schattenwirtschaft abgedrängt wird“.

4. Über die weiteren steuerpolitischen Pläne der Bonner Regierungskoalition herrscht nach wie vor Unklarheit.

Die Institute unterstützen damit nachdrücklich die ablehnende Haltung der Union gegenüber der geplanten Mehrwertsteuererhöhung: „Zur Finanzierung der Investitionsförderung sollten Kürzungen bei konsumtiven staatlichen Ausgaben, Übertragungen und Subventionen beschlossen werden“ — dem ist aus der Sicht der Union nichts hinzuzufügen.

CDU und CSU erwarten, daß sich Bundesregierung und Koalitionsparteien diesen Argumenten der Mehrheit der Forschungsinstitute nicht verschließen und umgehend konkrete Vorschläge zur Kürzung von staatlichen Verbrauchsausgaben und Subventionen und zur weiteren Umschichtung auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts auf den Tisch legen.

Dazu heißt es in der deutschen Presse:

Je kleiner die Eidechse, um so größer ihre Hoffnung, ein Krokodil zu werden, lautet ein afrikanisches Sprichwort. Die Mehrheit der Konjunkturforschungsinstitute verspricht in ihrem „Frühjahrgutachten“ ein reales Wachstum für 1982 von der Größe einer Zwergeidechse, und das Kieler Institut hält auch das noch für eine schlimme Übertreibung. **Handelsblatt, 4. Mai 1982**

Der schleppende Gang der Wirtschaft, die vielen Pleiten und die 1,8 Millionen Arbeitslosen müssen nach neuesten Erkenntnissen aus dem Bundeskanzleramt ganz anders gesehen werden: als gigantische Übertreibung „neokonservati-

ver“ Kräfte und als vorsätzliche Stimmungsmache. Denn, so sagte der Kanzler in Hannover, die Republik sei „auf einem guten positiven Wege“, und das werde sich auch bald zeigen. Störend wirkt da, wer wollte das bezweifeln, wenn der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, allmonatlich mit ernstem Gesicht die Hiobsbotschaften aus Nürnberg bekanntgibt, die Arbeitslosenzahlen einfach so aufblättert und womöglich noch Prognosen anhängt. „Schwarzmalerei verbreiten“ nennt das der Kanzler, und dagegen setze er sich zur Wehr. Inzwischen haben die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten das Bild noch ein bißchen weiter eingeschwärzt. Sie sehen die Arbeitslosigkeit am Jahresende gar auf zwei Millionen steigen. Vorschlag zur Güte für den Kanzler: Zeitungen nur noch ausschnittsweise lesen, sich am Positiven erfreuen und alles übrige ignorieren.

Frankfurter Allgemeine, 4. Mai 1982

Die Institute haben mit ihrem vernichtenden Urteil über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung nicht hinter dem Berg gehalten. Dem noch verbleibenden Rest von ökonomischer Vernunft in der Regierung muß das Gutachten einleuchten. Anderen Kräften sollte der unheimlich schnell voranschreitende Verfall des Ansehens der politischen Leistungskraft der Koalition zu denken geben. Das — und nicht das Signal einer Minibelegung — ist die Botschaft dieses Gutachtens. **Süddeutsche Zeitung, 4. Mai 1982**

Konnten sich bei früheren Gelegenheiten Regierungskoalition und Opposition die Passagen jeweils noch aussuchen, die ihnen in den Kram paßten, so stellt das neue Frühjahrgutachten der Institute eine uneingeschränkte Kritik an der Regierungspolitik und folglich indirekt eine volle Bestätigung der christlich-demokratischen Alternative dar.

Kölnische Rundschau, 4. Mai 1982

■ REGIERUNGSUMBILDUNG

Das letzte Aufgebot eines führungsschwachen Kanzlers

Mit Ausnahme des Bundeskanzlers gibt es wohl niemand in der Bundesrepublik Deutschland, der glaubt, daß diese Regierungsumbildung zur Erstarkung der Regierung beigetragen hat, erklärte Helmut Kohl zur Regierungsumbildung in Bonn.

Im Vorfeld dieser Regierungsumbildung gab es so viel an unnötiger Diskussion, an Signalen der Schwächung der Kanzlerautorität, aber auch der Schwierigkeiten in der Koalition, daß man heute darüber eigentlich kein Wort mehr zu verlieren braucht. Die Probleme sind geblieben: Die steigende Verschuldung, die Malaise in der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit, die nicht tatkräftig genug bekämpft wird. All diese Probleme sind geblieben, und die Regierung wird mit Sicherheit auch in der neuen Gestalt, die im wesentlichen die alte Gestalt immer noch ist, diese Probleme nicht meistern.

Personalveränderungen bedeuten ja noch nicht Veränderungen in der Politik und in diesem Falle schon überhaupt nicht. Das Problem für die Koalition besteht nach dem Münchner SPD-Parteitag darin, daß die Politik der beiden Parteien nicht mehr deckungsgleich ist, da beispielsweise die SPD eine sozialistische Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik will, von der die FDP behauptet, mit ihr sei eine solche Politik nicht zu verwirklichen. Der Beweis der Glaubwürdigkeit der Politik ist jetzt durch die FDP zu erbringen.

Die Verschiebungen und Veränderungen

in der Bundesregierung stellen keinen neuen Anfang dar. Es handelt sich zum Teil um einen Ringtausch verbrauchter Gesichter, zum anderen Teil um völlig unbekannte Kandidaten von den hinteren Rängen. Wirklich neue, überzeugende Namen sind nicht darunter, stellte der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger, zur Kabinettsumbildung fest.

Bezeichnend ist, daß der Bundeskanzler in der 225 Mitglieder zählenden SPD-Bundestagsfraktion nicht einen einzigen geeigneten Kandidaten für die Schlüsselposition des Finanzministers hat finden können. Alle prominenten SPD-Kandidaten — sei es aus Nordrhein-Westfalen, aus Berlin oder aus der Führung der Bonner SPD-Fraktion — haben sich dem Kanzler verweigert. Sie stempeln die Regierung Helmut Schmidts damit zu einem Kabinett zweiter Wahl ab. Alle, die noch etwas zu verlieren haben, wollen vermeiden, daß ihr Name mit dem von ihnen für unvermeidlich gehaltenen Niedergang Helmut Schmidts verbunden wird. Anstatt noch in dieses Unternehmen einzusteigen, bereiten sie sich lieber auf die Zeit „nach Schmidt“ vor.

In Bonn amtiert jetzt das letzte Aufgebot einer verbrauchten Koalition und eines führungsschwachen Regierungschefs, den die monatelange Krise seiner Regierung voll erfaßt hat. Zur politischen Lähmung der Koalition kommt jetzt die personelle Auszehrung hinzu. Die Bundesrepublik Deutschland wird unter Wert regiert.

■ NAHVERKEHR

Leitsätze für Verbesserung in Stadt und Land

Öffentlicher Personennahverkehr ist für unsere Gesellschaft unentbehrlich. Die CDU will mit ihren Leitsätzen den Weg für Verbesserungen des Nahverkehrs in Stadt und Land aufzeigen, erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Verkehrspolitik der CDU, MdB Dieter Schulte.

Notwendig ist eine Politik mit Augenmaß, denn die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden waren 1980 mit 11,2 Milliarden DM an Investitionen und Folgekosten im öffentlichen Nahverkehr belastet. In den letzten sieben Jahren haben sich für die öffentlichen Hände die Aufwendungen beim Nahverkehr, deren Kosten der Fahrscheinpreis nicht deckt, verdreifacht. Eine Nahverkehrspolitik ohne Rücksicht auf Defizite bei leeren öffentlichen Kassen kann nicht gutgehen.

Zauberformeln à la Verkehrsminister Hauff von der Priorität des Nahverkehrs helfen nicht weiter; insbesondere nicht, wenn in der Praxis durch Wegfall der Mineralölsteuerbefreiung, laufende Fahrpreiserhöhungen, Ausdünnung von Fahrplänen und Schließung von Haltepunkten das genaue Gegenteil geschieht. Auch die von Hauff betriebene bloße Verschiebung der finanziellen Lasten des Nahverkehrs auf andere Gebietskörperschaften hilft nicht weiter. Ideologische Verfechter einer Politik der Autofeindlichkeit und eines grundsätzlichen Vorrangs für den öffentlichen Personennahverkehr, die selbst aber Bus und Bahn nicht benutzen, sind unglaublich.

Die Nahverkehrspolitik der CDU bemüht sich, sachlichen Notwendigkeiten zu folgen. Sie fordert den Begründungszwang für den in der jeweiligen Region bedarfsgerechten und finanzierbaren öffentlichen Personennahverkehr. Die sinnvolle Aufgabenteilung zwischen öffentlichem Nahverkehr und Individualverkehr muß Gegenstand der Politik sein.

Dies sind für die CDU die Kernpunkte einer auf Dauer finanzierbaren Nahverkehrspolitik.

— Der Verkehrswert und seine Wirtschaftlichkeit müssen über zukünftige Investitionen im Nahverkehr entscheiden.

— Die Finanzmasse für öffentliche Nahverkehrsinvestitionen darf nicht davon abhängig sein, daß möglichst viel Auto gefahren wird.

— Die CDU warnt vor dem Glauben an Nahverkehrsmodelle, die ohne weiteres auf andere Regionen übertragbar sind. Einheitslösungen sind hier bei ganz unterschiedlichen regionalen Bedürfnissen viel zu teuer. Jede Region braucht ihren „Maßanzug“, im öffentlichen Nahverkehr, weil das die vergleichsweise beste und billigste Lösung ist.

— Verkehrsverbünde müssen in vernünftigen Größenordnungen gehalten werden, weil sonst die Folgekosten unverträglich hoch werden.

— Dringend notwendig ist eine gezielte Nahverkehrspolitik gegen die Fehler und Schwächen im Detail, wo oft kleine Ursachen große negative Wirkungen haben. So wird immer mehr Automation zum Bumerang, wenn die Informationssysteme nur für Spezialisten durchschaubar und dann noch von Stadt zu Stadt verschieden sind. Auch das Umsteigen vom Auto auf den Nahverkehr muß an den Nahtstellen des Übergangs noch erheblich verbessert werden, sonst bleiben die so teuren Nahverkehrsinvestitionen auf halben Wegen stehen.

■ KOALITION

Vetters schwere Entgleisung — was sagt der DGB dazu?

Die CDU/CSU hat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aufgefordert, eine Äußerung seines scheidenden Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter klarzustellen. Vetter hatte auf einer Maikundgebung erklärt, der Gewerkschaftsbund werde einer Regierung der Unionsparteien mit den Freien Demokraten „kräftig an die Gurgel fahren“.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Bonner Opposition, Philipp Jenninger, wertete die Bemerkung als eine „schwere politische Entgleisung“ und betonte, der DGB müsse sagen, ob er wirklich auf politische Eigenständigkeit verzichten und seine Zukunft nur noch als Erfüllungsgehilfe der SPD sehen wolle. Vetter tue sich und dem DGB keinen Gefallen, wenn er zum Ende seiner Amtszeit den Gewerkschaftsbund „erneut in die Rolle einer parteipolitischen Hilfstruppe der SPD“ dränge.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Adolf Müller (Remscheid) sieht durch die Vetter-Äußerung ebenfalls das Gebot der parteipolitischen Unabhängigkeit des DGB verletzt. „Mit seiner Nibelungentreue zur untergehenden SPD-geführten Bundesregierung stellt Vetter seine SPD-Mitgliedschaft satzungswidrig vor seine Pflichten als DGB-Vorsitzenden“, meinte Müller. Der DGB-Chef habe offenbar immer noch nicht begriffen, daß einseitige Parteinahme für die SPD zu Lasten der Arbeitnehmerschaft und der Einheitsgewerkschaft gehe. Viele Gewerkschaftsführer gäben heute offen zu, daß es ein

Fehler gewesen sei, die SPD-geführte Bundesregierung zu lange unkritisch zu unterstützen.

Postbeamte durch Schmidt beleidigt

Der CDU-Abgeordnete Bernhard Friedmann, Berichterstatter im Haushaltsausschuß für die Post, nannte es eine Beleidigung aller Postbeamten, die gewissenhaft ihre harte Arbeit erfüllen, daß Matthöfer mit der Begründung ihr oberster Dienstherr geworden sei, er benötige wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes ein ruhigeres Ressort: „Die Bundespost aber ist kein Sanatorium für einen gesundheitlich angeschlagenen Minister.“

Friedmann forderte die Postgewerkschaft auf, sich vor ihre Mitglieder zu stellen und die Post vor der „Diskreditierung durch den Bundeskanzler“ zu schützen. Es entbehre nicht der Pikanterie, daß der bisherige Postminister aus gesundheitlichen Gründen habe gehen müssen, während der neue wegen seines angeschlagenen Gesundheitszustandes komme.

Die Neubesetzung im Familienministerium wurde von der CDU/CSU mit deutlicher Skepsis aufgenommen. Der CDU-Abgeordnete Hermann Kroll-Schlüter äußerte Zweifel daran, ob von Anke Fuchs dringend notwendige Reformen in Gang gesetzt werden könnten. Die neue Ministerin habe von sich behauptet, mit dem Amtswechsel nur eine „Pflicht“ gegenüber der SPD übernommen zu haben. Der CSU-Abgeordnete Klaus Hartmann legte der Ministerin nahe, die Gunst der Stunde zu nutzen und die Kompetenzen des Ministeriums zu vermehren.

Ein „Hamburger Garski-Skandal“

Für das Persiengeschäft des Hamburger Senats aus dem Jahr 1976, das der Han-

sestadt einen Verlust von mindestens 100 Millionen Mark bringen dürfte, hat es weder ausreichende organisatorische und personelle Voraussetzungen noch politische Kontrollen gegeben. Darüber hinaus sind von einzelnen Beteiligten, auch Senatoren, schwere Fehler gemacht worden. Zu diesem Ergebnis ist, wie die „Stuttgarter Zeitung“ meldet, der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft, der die Umstände der Baupleite in Persien durchleuchtet hat, zum Abschluß seiner mehrmonatigen Arbeiten gekommen.

Die CDU, die die sachliche Übereinstimmung mit der SPD-Mehrheit betont, sprach in Hamburg in einer eigenen Minderheitswertung darüber hinaus von einem „Hamburger Garski-Skandal“. Die Hamburger Persienpleite sei sogar noch schlimmer, weil hier der Senat aus Gewinnsucht leichtfertig ein noch größeres Risiko auf Kosten des Steuerzahlers eingegangen sei als der Berliner Senat einst im Fall des Architekten Garski.

Hamburger SPD fürchtet Niederlage

Klaus von Dohnanyi, SPD, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, ist sichtlich beunruhigt über den Schritt Walther Leisler Kieps „ohne Rückfahrkarte“, die Spitzenkandidatur für die CDU in der Hafenstadt anzunehmen. Gegenüber dem sozialdemokratischen „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“ erklärte der Klose-Nachfolger, er halte es für unwahrscheinlich, die absolute Mehrheit seiner Partei halten zu können. „Ich hoffe“, sagte Dohnanyi sehr skeptisch, „daß wir stärkste Fraktion werden.“

Jüngste demoskopische Umfragen zeigen, daß Dohnanysis Ängste nicht unberechtigt sind. In der Heimatstadt Helmut Schmidts schneidet die CDU danach mit

42,4 Prozent ab, die SPD liegt jetzt auf Platz 2 mit nur noch knapp 40 Prozent. Die Grün-Bunten-Alternativen haben die 10-Prozent-Marke überschritten (11,2%), während die FDP mit fünf Prozent um die parlamentarische Wiederbelebung kämpft.

Schutz für Feinde der Verfassung im Staatsdienst

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wegen der Beeinflussung von Disziplinarverfahren gegen DKP-Funktionäre im Bundesdienst durch den Bundespostminister erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger: In ihrer Antwort mußte die Bundesregierung zugeben, daß sie durch das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen den Versuch unternommen hat, auf den Bundesdisziplinaranwalt einzuwirken, um die Durch- und Weiterführung von Disziplinarverfahren gegen DKP-Funktionäre im Bundesdienst zu verhindern.

Das Verhalten der Bundesregierung offenbart eine erschreckende Einstellung zum geltenden Recht. Unter Hinweis auf einen Gesetzentwurf glaubt die Bundesregierung, sich über sie bindende gesetzliche Bestimmungen hinwegsetzen und das Disziplinarrecht nach ihrem Gutdünken manipulieren zu können.

Die große Mehrheit aller Beamter, die in treuer und loyaler Pflichterfüllung zu diesem Staat stehen, muß sich in ihrem Vertrauen zu diesen Dienstherren erschüttert fühlen. Wenn auf Weisung der Bundesregierung das Recht manipuliert wird, dürfen wir uns nicht über den Verfall rechtsstaatlicher Gesinnung in unserem Volk wundern.

Bisher war das Berufsbeamtentum eine der tragenden Säulen unseres Staates. Eine Bundesregierung, die es Ver-

Die FDP schuldet eine klare Antwort

Zu den anhaltenden Kontroversen innerhalb der SPD/FDP-Koalition über die Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger: In den letzten Tagen haben nicht weniger als vier stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende — die Abgeordneten Liedtke, Löffler, Rohde und Roth — öffentlich die Forderung erhoben, die Beschlüsse des SPD-Parteitags zur Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik zur Grundlage der Politik der Bundesregierung zu machen. Vom Vorsitzenden der SPD, seinem Parteisprecher, den Jungsozialisten und anderen liegen ähnliche Äußerungen vor.

Die FDP hat demgegenüber in zahlreichen öffentlichen Erklärungen — u. a. durch ihren Vorsitzenden und den Bundesvorstand der Partei — die Beschlüsse der SPD abgelehnt und sie gar zu einem „Arbeitsplatzvernichtungsprogramm“ erklärt. Graf Lambsdorff hat in einem Rundfunkinterview diese Einschätzung erneut bestätigt.

Die FDP tritt — im völligem Widerspruch zur SPD — für eine „Konsolidierung der Staatsfinanzen“, für die „Minderung der Steuerlast“, für „weniger staatlichen Dirigismus in der Wirtschaft“ und statt dessen für mehr „Selbständigkeit“, „Eigeninitiative“ und „Verantwortung“ von Bürgern und Wirtschaft ein. Eine solche konsequente Politik der Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft würde, wenn sie ernstgemeint wäre, mit dem Kurs übereinstimmen, den die CDU/CSU jeher vertritt.

Die CDU/CSU kann der FDP aber nicht eine klare Antwort auf die Frage ersparen, warum sie ihre „vernünftigen“ Sachpositionen ausgerechnet mit einer Partei verwirklichen will, die gerade mit überwältigender Mehrheit die endgültige Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft beschlossen hat. Hier geht es nicht mehr um Taktik, sondern um politische Glaubwürdigkeit. Die CDU/CSU wird deshalb nicht umhin können, diese Frage den Bürgern auch bei den anstehenden Landtagswahlen vorzulegen.

fassungsfeinden ermöglicht, unsere freiheitliche Ordnung von innen heraus zu zerstören, hat ihre Existenzberechtigung verloren.

Umorganisation des Verteidigungsressorts

Zur Forderung der FDP, das Verteidigungsministerium neu zu organisieren, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Kurt Würzbach, die CDU/CSU habe Verständnis für die Forderung der FDP und unterstütze sie. Es verwundere aller-

dings, daß diese Kritik und die sich daraus ergebenden und geforderten Konsequenzen von einer Partei vorgebracht würden, die seit über 13 Jahren den sozialdemokratischen Verteidigungsminister unterstützt und ihn mit an die Spitze des Verteidigungsministeriums gesetzt habe.

Die FDP sollte im Verteidigungsausschuß konkrete Vorstellungen zur Organisationsstruktur vorlegen.

Interessant sei darüber hinaus, daß nun auch die FDP an der Führungsfähigkeit des jetzigen Verteidigungsministers Apel zu zweifeln beginne.

■ DEUTSCHLANDLIED

Seit 30 Jahren wieder Nationalhymne

Drei Ereignisse machen das Jahr 1982 zum „Jahr des Deutschlandliedes“. Am 31. März waren es genau 250 Jahre her, seit der Komponist Joseph Haydn in Rohrau an der Leitha (Niederösterreich) geboren wurde, der 1797 in Wien das „Kaiserquartett“ schuf, dessen Melodie 1841 dem Text des gerade von Hoffmann von Fallersleben auf der Insel Helgoland geschriebenen „Liedes der Deutschen“ unterlegt wurde.

Dieses Deutschlandlied wurde schnell populär, aber zur Nationalhymne proklamierte es erst Reichspräsident Friedrich Ebert vor nunmehr 60 Jahren am 11. August 1922. In einer Feierstunde im Reichstag erklärte er: „Einigkeit und Recht und Freiheit. Dieser Dreiklang aus dem Lied des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg in eine bessere Zukunft begleiten.“

Nach 1933 verkürzten die Nationalsozialisten das Deutschlandlied auf seine erste Strophe und machten diese zum Vorspann für eines ihrer Parteilieder. Nach 1945 dauerte es sieben Jahre, bis vor nunmehr 30 Jahren — am 2. Mai 1952 — der damalige Bundespräsident Theodor Heuss das Deutschlandlied wieder als Nationalhymne anerkannte. Heuss folgte damit dem Drängen Bundeskanzler Konrad Adenauers, der schon zwei Jahre vorher bei einer Großkundgebung in Berlin die dritte Strophe von „Einigkeit und Recht und Freiheit“ erstmals wieder öffentlich

angestimmt hatte und damit in der ihm eigenen Art versuchte, vollendete Tatsachen zu schaffen, um die „Hymnennot“ der damaligen Zeit zu überwinden.

Ressentiments gegen das Deutschlandlied hatten dazu geführt, daß es nicht schon bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland zur Nationalhymne erklärt worden war; als „Ersatzhymne“ sang man Schillers „Freude schöner Götterfunken“ oder das alte Turnerlied „Ich hab mich ergeben“, und schließlich wurde bei Sportveranstaltungen der Karnevalsschlager „Wir sind die Eingeborenen von Trizone-sien“ gespielt.

Heuss hatte zunächst versucht, mit der Hymne „Land des Glaubens, Land der Väter“ behutsam auf eine neue Nationalhymne zuzusteuern. Diesen Versuch gab er dann auf und erkannte mit einem Brief an Bundeskanzler Adenauer am 2. Mai 1952 das Deutschlandlied als Nationalhymne an. Nach dem Wortlaut dieses Briefwechsels sind alle drei Strophen Nationalhymne, jedoch soll „bei staatlichen Veranstaltungen die dritte Strophe gesungen werden“. Gerade diese Strophe kennzeichnet mit ihrem Verlangen nach Einigkeit und Recht und Freiheit die heutige deutsche Situation am treffendsten und ist am besten geeignet, das gemeinsame demokratische Verlangen der Deutschen zum Ausdruck zu bringen.

Es wäre wünschenswert — so MdB Wilfried Böhm, — wenn dieser 30. Jahrestag Anlaß dazu wäre, ein Bekenntnis zum Deutschlandlied abzulegen, das die Deutschen guten Gewissens vorweisen können. Es hält auch angesichts der Texte anderer Nationalhymnen allen kritischen Blicken stand. Unser Volk sollte ja sagen zum Deutschlandlied; denn es sagt damit ja zu sich selbst und seiner demokratischen Tradition.

■ GEWÄSSERSCHUTZ

Die Union ist Vorreiter in der Umweltschutzpolitik

Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion debattierte der Bundestag den Schutz unserer Gewässer und Küsten. In einigen wesentlichen Punkten bedarf das in der Antwort der Bundesregierung gezeichnete Bild vom Schutz unserer Gewässer und Küsten der Korrektur und Ergänzung. Insbesondere bei der Bewertung der Regierungspolitik der vergangenen zehn Jahre und der Schlußfolgerung für die weitere Gewässerschutzpolitik muß einiges zurechtgerückt werden, stellt MdB Carl-Dieter Spranger fest.

So stellt die Bundesregierung in ihrer Antwort zwar zu Recht erfreuliche Schritte beim Gewässerschutz fest. Ihre Behauptung, diese seien ausschließlich auf ihr Umweltprogramm von 1971 und ihre Umweltpolitik zurückzuführen, ist schlichtweg falsch. Hier wird die Tatsache unterschlagen, daß bereits erheblich früher entscheidende Anstrengungen zur Reinhaltung unserer Gewässer unternommen wurden. Schon in den 50er und 60er Jahren wurden die rechtlichen und finanziellen Grundlagen für entscheidende praktische Maßnahmen des Gewässerschutzes gelegt. Und das schon in einer Zeit, in der zunächst Ernährung und Wasserversorgung sicherzustellen und Wirtschaft und Wohnhäuser wiederaufzubauen waren!

Auch die Tatsache, daß allein fünf von elf in der Antwort der Bundesregierung zum Meeresschutz und acht von zwölf zum Schutz der Binnengewässer aufgeführten

internationalen Abkommen vor 1970 datieren, widerlegt die Behauptung, der Gewässerschutz habe erst mit dem Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 begonnen.

Selbstverständlich sind immer wieder Anpassungen des gesetzlichen Instrumentariums an veränderte Umstände und neu gewonnene Erkenntnisse notwendig. Dies hat allein bis 1957 zu drei Änderungen, 1976 dann zu einer weiteren wichtigen vierten, von uns im übrigen mitgetragenen Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes und zum Erlaß des Wasserabgabengesetzes geführt.

So wichtig derartige Gesetzgebungsakte des Bundes auch sind: sie sind nicht die entscheidenden Gründe für die von der Bundesregierung beobachtete Besserung der Gewässergüte. Dies beweist die Kluft zwischen der Abwasserreinigungsleistung im Bundesdurchschnitt von 70 Prozent biologisch gereinigter Abwässer und der Reinigungsleistung zu den Ländern Bremen und Hamburg von nur 10 Prozent und 20 Prozent. Die erfreulicherweise seit den 50er Jahren in den meisten Teilen der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich und stetig verbesserte Abwasserreinigung ist vielmehr auf die Entschlossenheit von Städten, Gemeinden und Ländern, aber auch von Gewerbe und Industrie zurückzuführen, Abwassersammler und Kläranlagen zu bauen und die damit verbundenen Lasten auf sich zu nehmen. Nicht den Grünen von heute, sondern den Steuer- und Abgabenzahlern der vergangenen 30 Jahre haben wir den Gewässer-

schutz von heute zu danken. Dies ergibt sich eindeutig aus dem eklatanten Unterschied zwischen der biologischen Abwässerklärungs beispielsweise in Baden-Württemberg in Höhe von 89 Prozent, in Bayern in Höhe von 75 Prozent, in Niedersachsen in Höhe von über 73 Prozent oder in Rheinland-Pfalz in Höhe von 66 Prozent gegenüber den 10 Prozent und 20 Prozent in den genannten Stadtstaaten. Während in den Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Niedersachsen seit Jahren Milliarden mit zunehmender Wirkung für die Gewässerreinigung investiert wurden, blieb die Lage der Abwasserreinigung in Hamburg und Bremen unverändert schlecht.

Entscheidend aber ist — vor allem auch hier beim Gewässerschutz — die Fähigkeit und Bereitschaft, kostensspielige Investitionen zu finanzieren. Und da steht die Bundesregierung ganz schlecht da. Die Koalition muß in ihrer Antwort zugeben, daß von 1975 bis 1981 zwar insgesamt von Bund, Ländern und Gemeinden die beachtliche Summe von rund 27 Milliarden DM für Gewässerschutz ausgegeben wurden. Dabei stehen den 17,8 Milliarden der kommunalen Gebietskörperschaften zwar noch sieben Milliarden der Länder gegenüber. Der Bund war jedoch lediglich mit 1,9 Milliarden beteiligt. Seine Leistungen von 360 Millionen im Jahre 1980 kürzte der Bund 1981 sogar drastisch auf 153 Millionen, ohne den Ländern im Rahmen der Verteilung des Steueraufkommens einen angemessenen Ausgleich zu gewähren. Dennoch investierten die Länder 1981 1,3 Milliarden und die Kommunen sogar 2,5 Milliarden DM. Die Frage, was in der mittelfristigen Finanzplanung der Bund für Mittel veranschlagt habe, bleibt leider unbeantwortet: Angaben über den Teilbereich Gewässerschutz könne man zur Zeit nicht machen.

■ NORDSEE

Bundesregierung bestätigt Defizite

Die Defizite, die das Umweltgutachten Nordsee festgestellt hat, bestehen fort. Wiederum hat die Bundesregierung über den positiven Ansatz einer Problemdarstellung hinaus nichts unternommen, insbesondere bestehen nach wie vor folgende Defizite:

1. Die notwendigen Gespräche mit der DDR, die insbesondere im Berliner Raum, bei Werra und Weser, auf der Elbe, aber auch noch an anderem Ort als Umweltverschmutzer Nr. 1 gegenüber bundesdeutschen Gewässern auftritt, sind ohne jeden Erfolg geblieben.
2. Die Polizeigewerkschaft fordert die bessere Ausrüstung des Bundesgrenzschutzes und seinen Einsatz in der Nordsee, weil nur so Umweltsünder gefaßt werden können. Die CDU/CSU hat diese Forderung ebenfalls längst erhoben.
3. Künftig muß die Ratifizierung internationaler Abkommen auf Seiten der Bundesregierung rascher erfolgen. Es ist peinlich, daß immer wieder andere Länder bereits seit Jahren ratifiziert haben, wenn sich die Bundesregierung erst bequemt, dem Bundestag ein internationales Umweltschutzabkommen aus dem Bereich des Meeres und der Küsten überhaupt zuleiten.
4. Die Auflistung der gesetzgeberischen Bemühungen der letzten Jahre und Jahrzehnte darf doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nach wie vor ein riesiges Überwachungs- und Sanktionsdefizit gibt, das jetzt geschlossen werden muß. Alle Praktiken verweisen darauf, daß trotz schönster Vorschriften die täglichen Sünden gegen die Lebensgrundlage Wasser nicht ab-, sondern zugenommen haben, stellte MdB Wolfgang von Geldern fest.

■ KA-STIFTUNG

Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung bietet 1982 zahlreiche Tagungen zur Aus- und Fortbildung an.

Zu dem wichtigen Thema „Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich“ stehen zu folgenden Tagungsterminen noch Teilnehmerplätze zur Verfügung.

23. 6. bis 26. 6. 1982

26. 6. bis 27. 6. 1982 (Wochenende)

27. 6. bis 30. 6. 1982

Interessenten melden sich bitte bei der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Heimvolkshochschule Eichholz

Postfach 29

5047 Wesseling

Telefon (0 22 36) 70 71

Während des Aufenthalts im Schloß Eichholz sind die Teilnehmer Gast des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Unterkunft und Verpflegung sind frei. Es wird ein Teilnehmerbeitrag von 60,— DM erhoben (bei Wochenendveranstaltungen 40,— DM). Die Fahrtkosten werden in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn unter Abzug einer Eigenbeteiligung von 20,— DM erstattet.

Vier weitere Termine für das zweite Halbjahr 1982 werden noch rechtzeitig bekanntgegeben.

STICHWORT:

Schüler-BAFÖG

Auch der Bildungsbereich muß einen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten. Das BAFÖG darf bei knappen Mitteln den Finanzrahmen der öffentlichen Haushalte nicht sprengen.

Die CDU hat einen Vorschlag zur Neuordnung des Schüler-BAFÖG vorgelegt: Während 1980 noch 490 000 Schüler insgesamt 1,6 Milliarden Mark erhielten, werden nach realistischer Einschätzung künftig nur noch rund 500 Millionen Mark dafür zur Verfügung stehen. Wird dabei die durchschnittliche Förderung auf 200 Mark monatlich begrenzt, dann können immer noch über 200 000 Schüler gefördert werden, die aus sozialen Gründen darauf angewiesen sind. Die Einkommensgrenze der Eltern sollte bei 1 800 Mark brutto liegen.

In vollem Umfang muß die Förderung für Teilnehmer des Berufsgrundbildungsjahres (77 000 Auszubildende 1980/81) aufrechterhalten werden. Dann könnten gegenüber dem Mittelansatz von 1980 rund 800 Millionen Mark eingespart werden, um andere wichtige Förderungsaufgaben des Staates sicherzustellen. Dazu zählt vor allem das Kindergeld, da es die umfassendere Förderung einkommensschwacher Familien ist. Dazu gehören auch die staatlichen Programme zur Verbesserung der Berufsbildungschancen und zur Förderung behinderter und benachteiligter Jugendlicher.

Im übrigen bleibt das BAFÖG für Schüler fragwürdig, wenn nicht zugleich mehr Investitionen im Hochschulbau erfolgen. Schließlich setzt sich die CDU dafür ein, daß die staatliche Leistung von der persönlichen Leistung des Geförderten abhängig gemacht wird. Die vorgeschlagene Reduzierung bedeutet zwar einen erheblichen Einschnitt, aber keinen unververtretbaren Kahlschlag.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 7./9. 5. **Exil-CDU**
Deutschland-Tagung,
St. Andreasberg/Harz
- 7. 5. **Junge Union Saar**
Junge Union für Europa, Tholey
- 7. 5. **MIT Schleswig-Holstein**
Landesvorstandssitzung, Kiel
- 7. 5. **CDU Westf.-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 7. 5. **Frauenvereinigung Hessen**
Landesvorstand, Gießen,
15.00 Uhr
- 7. 5. **LV Saar**
Geschf. Landesvorstand,
Saarbrücken
- 7. 5. **LV Saar**
Landesvorstand, Saarbrücken
- 8. 5. **CDA Hessen**
Landesvorstand, Eschwege
- 8. 5. **MIT-LV Baden-Württemberg**
Landesrat, Schwäbisch Hall
- 8. 5. **LV Hessen**
Zonenrandkongreß,
Kreis Hersfeld/Roten
- 8. 5. **Frauenvereinigung-Bund**
AK-Medien, Bonn
- 8. 5. **CDA Rheinland**
Bezirkskonferenz/Bez. Aachen,
Eschweiler
- 8. 5. **Junge Union Saar**
Europakundgebung, Tholey
- 10. 5. **KPV-Bund**
Fachtagung des Fachaus-
schusses,
Eschborn
- 10. 5. **CDU-Bundesausschuß**, Sitzung
Berlin
- 11. 5. **LV Hessen**
2. Programmkommission,
Wiesbaden
- 12. 5. **LV Westf.-Lippe**
Seminar der DGB-AG, Dortmund
- 13. 5. **CDU-Bund**
BFA Wirtschaftspolitik, Sitzung,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
- 14./15. 5. **CDA NRW**
Konferenz DAG-/Sozialsekretäre,
Lindlar
- 14. 5. **MIT-Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 14. 5. **LV Rheinland**
Landesvorstand, Ruhrgebiet
- 14./16. 5. **Frauenvereinigung Westf.-Lippe**
Seminar „Fried.-/Sicherh.-pol.“,
Attendorf

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD